

Wo sind die Palästinenser:innen in Israels Protestbewegung?

Yoav Haifawi, mondoweiss.net, 08.03.23

Reem Hazzan wurde eingeladen, auf einer Anti-Netanjahu-Kundgebung in Haifa zu sprechen, lehnte aber ab, nachdem die Organisatoren ihre Rede zensiert hatten. Ihre Erfahrung zeigt, warum die aktuelle Protestbewegung die Palästinenser:innen abschreckt.

Im Mittelpunkt der Protestkampagne steht die Verteidigung der Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs von Israel. Die Palästinenser:innen kennen dieses Gericht vor allem wegen seiner Rolle bei der formellen Legitimierung aller Verbrechen, die in den letzten 75 Jahren gegen sie verübt wurden.

Bei den Protesten in Israel, die derzeit im ganzen Land stattfinden, stehen sich die neue rechtsextreme Regierung des Landes und die israelische Flaggen schwenkenden Anhänger der vorherigen „respektablen“ rechten Regierung gegenüber. Ein *Meme**, das über diesen internen Konflikt kursiert, präsentiert gut gelaunte Anweisungen für die Teilnahme an einem „Bürgerkrieg“, als handele es sich um ein Sportereignis, und fügt schließlich hinzu: „Die Araber werden gegen den Sieger antreten“.

Die Palästinenser:innen, sowohl diejenigen, denen es nach der Nakba von 1948 gelungen ist, in ihrem Land oder in der Nähe zu bleiben (ein Viertel von ihnen sind „Binnenvertriebene“), als auch diejenigen, die unter direkter militärischer Besatzung oder Belagerung im Westjordanland und im Gazastreifen leben, sind stets „Zielgruppe“ Israels „jüdischer Demokratie“. Die Vorgängerregierung unter Naftali Bennett und Yair Lapid und ihr „Block des Wandels“ versuchte, ihre zionistische Gesinnung unter Beweis zu stellen, indem sie härter als ihre Vorgänger gegen die Palästinenser:innen auf beiden Seiten der grünen Linie vorging: Sie tötete mehr Menschen, intensivierte die nächtlichen Razzien in palästinensischen Städten und Dörfern, erhöhte die Zahl der administrativen Verhaftungen und betrieb Kampagnen zur Wohnraumzerstörung und ethnischen Säuberung. Die neue Netanjahu-Regierung hat es nun eilig zu beweisen, dass sie an allen Fronten noch repressiver und brutaler vorgehen kann.

Aufgrund dieser leidvollen Erfahrungen verspüren nur wenige Palästinenser:innen das Bedürfnis, sich der aktuellen Kampagne der zionistischen Opposition zur Rettung der israelischen „Demokratie“ anzuschließen. Im Mittelpunkt der Protestkampagne steht die Verteidigung der Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs von Israel. Die Palästinenser:innen kennen dieses Gericht vor allem wegen seiner Rolle bei der formellen Legitimierung aller Verbrechen, die in den letzten 75 Jahren gegen sie verübt wurden.

Dieses Gericht genehmigte den radikalsten Plan der vorherigen Regierung zur ethnischen Säuberung in Masafer Yatta im südlichen Westjordanland. Erst in diesem Monat erließ das Gericht ein weiteres Dekret, um die Regierung zu drängen, die ethnische Säuberung von Khan al-Ahmar im Osten Jerusalems auf Antrag einer militanten Siedlervereinigung abzuschließen.

Letzte Woche veröffentlichte die *One Democratic State Campaign* in *Mondoweiss* eine Erklärung, in der sie palästinensische und jüdische Unterstützer:innen auffordert, sich der zionistischen Protestbewegung nicht anzuschließen, so lange die darauf abzielt, die irreführende „Seriosität“ der „jüdischen Demokratie“ aufrecht zu erhalten. Heute möchte ich die Bemühungen jener Palästinenser:innen und linken Jüdinnen und Juden näher beleuchten, die versuchen, die Bewegung von innen heraus zu beeinflussen.

Zum einen wollen die führenden Köpfe des Protests eindeutig keine sinnvolle arabische Beteiligung. Während sie von „Demokratie“ sprechen, vermeiden sie es, die systematische Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenser:innen, wo auch immer die sich befinden, in irgendeiner Weise zu erwähnen.

Wenn einmal einige der Protestführer plötzlich Palästinenser:innen mit israelischer Staatsbürgerschaft, auch bekannt als „48er Palästinenser“, in den Blick nehmen, dann, um sie zu beschuldigen, nicht am Protest teilzunehmen, und um die Hasskampagne gegen die Führer der arabischen Parteien in der Knesset wieder aufleben zu lassen, die sie für das Versagen der vorherigen Regierung verantwortlich machen.

Während der letzten israelischen Wahlkampagnen arbeiteten viele gut finanzierte NRO daran, die 48er Palästinenser davon zu überzeugen, sich an den Wahlen zu beteiligen, indem sie behaupteten, es sei nicht wichtig, wen man wähle, aber es sei entscheidend, sich zu beteiligen. Jetzt arbeiten einige der gleichen Kräfte daran, eine ähnliche „Israelisierung“ der arabisch-palästinensischen Massen zu erzwingen, indem sie zur Teilnahme an der Protestbewegung aufrufen. Mit den aktuellen Slogans der Protestbewegung ist dies jedoch eine schwierige Aufgabe.

Wir haben hier in Haifa den unglücklichen Fall eines der wichtigsten palästinensischen Aktivisten erlebt, der versuchte, eine solche Beteiligung zu mobilisieren. Er teilte eine Videobotschaft der israelischen Sängerin Aya Korem, die zur Verteidigung der israelischen Gerichte aufrief. Es war äußerst peinlich, denn in dem Video erklärt Korem, dass es nur die international anerkannte Seriosität der israelischen Gerichte sei, die Soldaten, die Kriegsverbrechen wie die Ermordung der Journalistin Shireen Abu-Akleh begehen, eine Anklage vor dem internationalen Strafgerichtshof ersparen würde.

In ähnlicher Weise erklärte General Benny Gantz, einer der Oppositionsführer, dessen Wahlkampagne auf seiner „Leistung“ beruhte, 2014 Tausende von Palästinenser:innen im Gazastreifen getötet zu haben, in einer Rede auf der wöchentlichen Protestveranstaltung in Haifa am 25. Februar 2023: „Jahrzehntelang habe ich euch beschützt. Und während ich euch beschützt habe, hat das Gericht mich beschützt.“

Die Organisator:innen des lokalen Protests in Haifa, eine Gruppe, die sich „Volksprotest“ nennt, sind stolz auf ihren „integrativen Ansatz“, denn sie sind die einzigen in der Protestbewegung, die jede Woche einen arabischen Redebeitrag bei ihrer Hauptdemonstration am Samstagabend haben. Doch am 18. Februar erschien die vorgesehene arabische Rednerin, Reem Hazzan, nicht. Bald wurde in den sozialen Medien und später in *Haaretz* veröffentlicht, dass die Organisatoren mit dem Inhalt der Rede, die sie halten wollte, nicht einverstanden waren.

Frau Hazzan stimmte meiner Bitte zu, ein Interview für *Mondoweiss* zu geben, um zu erklären, was passiert ist. Sie gab mir auch den Text ihrer geplanten Rede und einen Brief, den sie unmittelbar nach der Zensur anderen Aktivisten schrieb.

Bevor ich die Worte von Frau Hazzan einbringe, schulde ich den Leser:innen einige Hintergrundinformationen. Erstens: In der Einladung zur Demonstration am 18. Februar war Reems Familienname falsch geschrieben. Dies ist eine fast unvermeidliche Episode, wenn eine arabische palästinensische Person in die israelische Sphäre „aufgenommen“ wird. Frau Hazzan wurde in der Einladung als „politische Aktivistin und Feministin“ bezeichnet. Dies ist sicherlich zutreffend. Darüber hinaus ist sie Sekretärin der Sektion Haifa und des Bezirkskomitees Haifa der Kommunistischen Partei Israels (KPI).

In einigen westlichen Ländern mag es so klingen, als stünde man als „Kommunist“ auf der extremen Linken. In der lokalen palästinensischen Politik gilt die kommunistische Partei jedoch als die gemäßigtste politische Kraft (mit Ausnahme einiger opportunistischer politischer Formationen, die keinerlei Prinzipien haben), und sie hält die arabisch-jüdische Partnerschaft im Zentrum ihrer Ideologie und Praxis, auch wenn die politische Realität diesem Ansatz nicht viel Spielraum lässt. In der aktuellen Protestbewegung hat sich die CPI in breiteren Koalitionen von (meist jüdischen) demokratischen Aktivist:innen engagiert. In Haifa ist die wichtigste dieser Formationen der „Block gegen die Besatzung“, der eine eigenständige Gruppe innerhalb des Protests bildet und sich gegen die Besatzung von 1967 und für „Demokratie und Gleichheit für alle“ ausspricht.

Hazzan erzählte mir, wie sie im Vorfeld der Demonstration am 18. Februar viele Anrufe der Organisatoren mit der Aufforderung erhielt, den schriftlichen Text ihrer geplanten Rede im Voraus einzureichen. Sie hatte den Eindruck, dass man sehr besorgt darüber sei, was sie sagen würde, man aber behauptete, es handle sich um ein übliches Verfahren, da man zum Beispiel sicherstellen wolle, dass die Rede nicht zu lang sei. Sie versicherte ihnen, dass ihr Texteditor über eine Funktion zum Zählen der Wörter verfüge und dass sie versprechen könne, sich auf die erlaubten 350 Wörter zu beschränken. Es hieß, dass alle Redner:innen ihre Beiträge im Voraus einreichten, aber sie überprüfte das und stellte fest, dass das nicht ganz der Wahrheit entsprach.

Am Samstag reichte sie den fast fertiggestellten Text ein. Obwohl die Organisatoren zuerst gesagt hatten, die Aufforderung, ihren Text einzureichen, sei nur eine „Formsache“, kamen bald darauf Beschwerden über den Inhalt. Sie sagten, er sei „traurig“ und „pessimistisch“ und trage nicht genügend dazu bei, die arabische Öffentlichkeit zur Teilnahme an den Demonstrationen zu mobilisieren. Tatsächlich hatte sie gründlich darüber nachgedacht, was getan werden könnte, um die arabische Öffentlichkeit zu überzeugen, und mit ihrem Text wollte sie den Demonstrierenden ihre Schlussfolgerungen mitteilen.

In ihrer Rede erklärte sie:

„Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Israels Ablehnung des Friedens, der Intensivierung der Besatzung, der Demontage des Wohlfahrtsstaates und der Schädigung der Arbeitnehmer sowie der Zerstörung der Demokratie und dem Aufstieg des Faschismus. Die arabische Öffentlichkeit und die Unterschichten werden sich als Partner des Protests fühlen, wenn dieser Protest nicht nur dazu dient, die Angriffe auf die liberalen Grundlagen des israelischen Regimes zu stoppen, sondern auch die Aufrechterhaltung des ‚business as usual‘. Wir werden uns als Partner fühlen und Partner im Kampf sein, wenn das Ziel darin besteht, die Politik des Rassismus und der Diskriminierung zu ändern und einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schaffen, der auf dem Streben nach Frieden und Gleichheit beruht. Wenn der Kampf für die Demokratie auf eine wirkliche Demokratie hinausläuft: nicht nur eine Demokratie für die Juden, sondern eine Demokratie für alle.“

Und schließlich versuchte sie es mit einem optimistischen Schlusswort: „Ihr braucht uns an eurer Seite. Wir brauchen uns alle gegenseitig. Das ist der Sinn der Solidarität. Nur gemeinsam werden wir gewinnen. Haifa wird den Wandel anführen – die Macht liegt in unseren Händen!“

Diese recht grundlegenden Ermahnungen für Frieden und Gleichheit waren anscheinend jenseits dessen, was „der arabische Redner“ auf Haifas „inklusive“ Demonstration für „Demokratie“ sagen darf. Hazzan erzählte mir, sie habe versucht, ihre Rede zu überarbeiten und ihr etwas mehr Positivität und Optimismus zu verleihen, aber da hatten die Organisator:innen ihre Prioritäten schon klar gemacht. Man forderte sie auf, einen geänderten Text einzureichen, andernfalls würde man ihr das Wort entziehen. Angesichts dieses Ultimatums hatte sie das Gefühl, dass der ganze Ansatz falsch war. Die Organisator:innen sprachen zu ihr, einer Vertreterin der arabischen Öffentlichkeit, aus einer Position der Macht heraus. Sie übertrugen die gleiche undemokratische Haltung, die den israelischen Staat kennzeichnet, auf die Protestbewegung. Sie beriet sich mit ihren Genoss:innen und beschloss, keinen neuen Text einzureichen. An diesem Abend gab es auf der Demonstration in Haifa keinen arabischen Redebeitrag.

In einem offenen Brief an demokratische Aktivist:innen, der am selben Abend veröffentlicht wurde, erläuterte Hazzan ihren Standpunkt:

„Wir haben die Verantwortung, die Diskussion darüber anzuregen, was ein demokratischer Kampf ist und wie man eine Partnerschaft im Kampf aufbauen kann. Die Linke und die arabische Öffentlichkeit sollten nicht zulassen, von anderen als Werkzeug benutzt zu werden. Wir haben die Aufgabe, zu erklären und zu verkünden, dass es keine Demokratie ohne Gleichheit, keine Demokratie mit Besatzung und keine Demokratie ohne die Beteiligung der palästinensisch-arabischen Öffentlichkeit gibt. Meine Rede mag in den Augen der einen richtig und in den Augen der anderen unangemessen sein. In jedem Fall ist die Zensur politischer Meinungen die Aufrechterhaltung des Faschismus, nicht sein Kampf dagegen. Es ist schwierig, ein Partner in einem System zu sein, das darauf abzielt, das Gleichgewicht der Macht zu erhalten. Wir müssen gemeinsam über eine echte Alternative zum Kampf für die Demokratie und die Beendigung der Besatzung nachdenken.“

Als ich diesen Bericht am Samstag, dem 4. März, schrieb, erfuhr ich, dass der „arabische Redner“ auf der Demonstration in Haifa an diesem Abend ein Oberstleutnant der Reserve der israelischen Armee war. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Organisatoren dieses Mal nicht so nervös waren, weil sie nicht wussten, was er sagen würde.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2023/03/where-are-the-palestinians-in-israels-protest-movement/>

* <https://medienkompass.de/memes-internetphaenomen-schnell-erklaert/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de